

Berliner Büro
Stabsstelle Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Reinhardstraße 13
10117 Berlin

Ihre Ansprechpartnerin
Claudia Beck
Telefon-Durchwahl 030 28 44 47-43
Telefax 030 28 44 47-55
Claudia.Beck@caritas.de
www.caritas.de

Statement

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressekonferenz: 17. Delegiertenversammlung 2017

Statement Präsident Prälat Dr. Peter Neher

Donnerstag, 19. Oktober 2017, Magdeburg

Es ist etwas Besonderes, im Jahr des Reformationsgedenkens in Magdeburg zu tagen. Es war die erste deutsche Großstadt, die sich zur Reformation bekannte. Die Reformation und die konfessionellen Auseinandersetzungen der nachfolgenden Jahrhunderte sind Teil unserer Geschichte und haben unser Land geprägt. 500 Jahre nach der Reformation ist dieses konfessionelle Gegeneinander zu einem geschwisterlichen Miteinander geworden – auch wenn noch manch Trennendes schmerzt.

Als Christen stellt sich uns gemeinsam die Herausforderung und Chance, unseren Glauben in Beziehung zu einer säkularen Gesellschaft zu setzen. Was „Christsein in säkularer Gesellschaft“ bedeutet war eines der Themen, mit denen sich die Delegierten beschäftigt haben. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Frau Ilse Junkermann, und der Magdeburger Bischof Dr. Gerhard Feige ihre Sicht der Dinge eingebracht haben. Zusammen mit ihnen und Pfarrer Christoph Stolte, dem Vorstandsvorsitzenden des Diakonisches Werkes der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands und Klaus Skalitz, dem Direktor des Diözesancaritasverbandes Magdeburg haben wir dann über die Rolle und Aufgabe der Christen in einer säkularen Gesellschaft diskutiert.

Aus Anlass des Reformationsgedenkens war auch der Präsident der Diakonie Deutschland und Vorstandsvorsitzende des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung, Präsident Ulrich Lilie, am ersten Tag der Versammlung als Gast eingeladen und hat ein Grußwort gesprochen. Begrüßt wurden die Delegierten zudem vom Freiburger Erzbischof Stephan Burger, der vor einem Jahr den Vorsitz der Kommission für caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz übernommen hat. Es hat uns außerdem sehr gefreut, dass auch der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, die kirchlich-caritative Arbeit mit einem Grußwort gewürdigt hat.

Nach der Bundestagswahl: Wie kann es gelingen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken?

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat manche überrascht und wohl auch erschüttert. Im neuen Bundestag werden nun sechs Fraktionen vertreten sein statt wie bisher vier. Die Parteien der Regierungskoalition haben mit fast 14% deutlich Stimmen verloren. Alle kleineren Parteien hingegen konnten ihre Stimmenanteile vergrößern. Profitiert haben vor allem zwei Parteien, die dem letzten Bundestag nicht angehörten. Die FDP feierte mit über 10 Prozentpunkten ein Comeback, das zum großen Teil dem Parteivorsitzenden geschuldet ist.

Und die AfD wurde mit 12,6% der Zweitstimmen und drei Direktmandaten drittstärkste Kraft und zieht erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Die Analysen legen nahe, dass sie bei männlichen Wählern, Arbeitern und Arbeitslosen überdurchschnittlich punkten konnte. Die Beweggründe, die AfD zu wählen sind jedoch vielfältig und reichen von Angst vor Veränderung und Abstiegsängsten bis hin zur Sorge angesichts der Flüchtlingszahlen und im Extremen bis hin zu einer rechtsradikalen Gesinnung.

Es wäre allerdings falsch, würde man die AfD allein als Phänomen der östlichen Bundesländer bezeichnen. Auch in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen liegen ihre Hochburgen. Je genauer man sich die Wahlergebnisse anschaut, umso deutlicher wird, dass sie auch Ausdruck einer gespaltenen Gesellschaft sind. Die Linie verläuft dabei nicht nur zwischen Ost und West, Alt und Jung, Arm und Reich... Es gibt sich überlagernde Trennungslinien, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass anscheinend den „etablierten“ Parteien, Politikern und Institutionen nicht (mehr) zugetraut wird, Antworten und Lösungen für aktuelle Fragestellungen zu finden.

Diesem fehlenden Vertrauen zu begegnen und den mangelnden gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder zu stärken, darin liegt jetzt eine große politische und gesellschaftliche Herausforderung. Auch mit dieser Frage haben sich die Delegierten beschäftigt. Sie haben nach dem Beschluss im letzten Jahr zur Initiative zum gesellschaftlichen Zusammenhalt für die Jahre 2018 bis 2020 nun die inhaltliche Ausgestaltung diskutiert und konkrete Impulse auf den Weg gebracht. U.a. wurden die Bereiche identifiziert, die von grundlegender Bedeutung für den Zusammenhalt einer Gesellschaft sind: Bildung und Arbeitsmarkt, sozialer Ausgleich und freiwilliges Engagement, Wohnen und Zuwanderung.

So sind die Fragen, die von einer neuen Bundesregierung beantwortet werden müssen, nicht zuletzt auch soziale Fragen. Denn die Teilhabechancen in unserem Land sind sehr ungleich verteilt. So darf der Kampf gegen Kinderarmut den politisch Verantwortlichen genauso wenig gleichgültig sein wie die Prävention vor Altersarmut. Armut macht krank, verhindert Bildung und schließt vom gesellschaftlichen Leben aus. Es braucht daher politische und gesellschaftliche Anstrengungen, um Lösungen zu finden, die Armutszusammenhänge überwinden helfen. Ständig neue Empörungsszenarien helfen da nicht weiter.

Auch das Thema „gute Pflege“ bewegt die Menschen. Dazu muss die Pflege- und Ausbildungsreform für Pflegekräfte aus der letzten Legislatur mit den notwendigen Ressourcen und in guter Abstimmung mit den Trägern und den Beschäftigten umgesetzt werden. Darüber hinaus braucht es die Politik, die Verbände, Einrichtungen und Dienste, damit die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte attraktiver und die Situation pflegender Angehöriger weiter verbessert werden.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird verstärkt auch das Feld der Digitalisierung betreffen. Es braucht positive Visionen nicht nur für abgehängte Regionen, damit die großen Chancen der digitalen Transformation möglichst Vielen zugutekommen können. Wir müssen darüber diskutieren, wie sich eine digitale Gesellschaft gestalten lässt, ohne neue Verlierer zu schaffen – und zwar ganz real!

Integration und Einwanderungsgesetz: Vor welchen Herausforderungen stehen wir?

Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind in einer Einwanderungsgesellschaft wie der unseren noch einmal neu und intensiver zu stellen. So werden wir uns verstärkt mit der Frage beschäftigen müssen, wie sich Einwanderung mit Hilfe eines Einwanderungsgesetzes gestalten lässt. Dies ist notwendig, weil Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt klar vom Grundrecht auf Asyl zu unterscheiden ist und nicht zu dessen Lasten gehen darf.

Notwendig ist es auch, die in Europa nach wie vor ungelösten Flucht-Probleme zu lösen. Während meiner Reise nach Serbien im August konnte ich zwei Lager mit Flüchtlingen besuchen. Rund 4.000 von ihnen sind in dem Land gestrandet und können weder vor noch zurück. 40.000 sind es in Griechenland. Es braucht ein öffentliches Bewusstsein für die dramatische Lage dieser Menschen und den politischen Willen für eine europäische Lösung. Wegschauen geht nicht!

Im Zentrum vieler Debatten steht oftmals die Frage, ob mit den Flüchtlingen nicht auch Terroristen in unser Land kommen. Für Sicherheitsbehörden ist das eine legitime Frage. Problematisch aber ist, dass aufgrund von Einzelfällen in manchen Kreisen eine unzulässige Gleichsetzung stattfindet: Flüchtlinge werden potenziell als Terroristen und Ausländer(innen) als generell krimineller als Deutsche gesehen. Das fördert Angst und Sorge und erschwert Integration. Wer Fragen der Integration und den Umgang mit Menschen auf der Flucht auf Sicherheitsfragen reduziert, lenkt vom eigentlichen Thema ab: Was ist notwendig, damit Menschen hier Fuß fassen – oder eine gute Basis finden, in ihrer Heimat wieder eine Existenz aufzubauen?

Integration braucht einen langen Atem. Erfolgsgeschichten und Rückschläge liegen oft nah beieinander. Offen müssen wir deshalb darüber diskutieren, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft beeinträchtigt und was ihn fördert. Dies kann auch Fragen der Sicherheit betreffen. Aber diese dürfen die notwendige Debatte um Integration nicht dominieren!

So wurde in diesen Tagen insgesamt deutlich, wie eng die beiden christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände miteinander im Austausch stehen und sich als Christen in dieser Gesellschaft engagieren. Ein wertvolles Zeichen gelebter Ökumene – nicht um ihrer selbst willen, sondern der Menschen wegen.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident